

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 13. Juni 2002 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Böhm
Stadtrat Dr. Küntzer
Stadtrat Rank
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker
Stadtrat Straßberger
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Baier
Stadträtin Dr. Endres-Paul
3. Bürgermeisterin Gold
Stadtrat Heisel
Stadträtin Heisel
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Jeschke
Stadtrat Kröckel
Stadtrat Mahlmeister

USW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Ley (ab Ziffer 5)
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May
Stadtrat Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

FBW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Haag
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp

ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Berichterstatter: Amtmann Hartner
Amtsrätin Erdel
Amtsrat Teichmann
Dipl.-Ing. Lepelmann

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Schardt
Stadträtin Wallrapp

Feststellung gemäß § 22 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

1. Information von Oberbürgermeister Moser

Oberbürgermeister Moser bezieht sich auf die stattgefundene Besprechung der Fraktions- und Gruppensprecher bezüglich der Neubesetzung der Ausschüsse aufgrund des Fraktionsaustrittes von Stadträtin Richter. Er berichtet weiter, dass er soeben ein Schreiben des Vorsitzenden der UsW-Fraktion erhalten habe, in dem mitgeteilt wird, dass Stadträtin Richter nun der UsW-Stadtratsfraktion angehört. Aufgründdessen muss die Besetzung der Ausschüsse sowie die Vergabe der Referentenposten neu vergeben werden.

Amtmann Hartner führt weiter aus, dass jeweils der letzte Sitz in einem Ausschuss mit 12 Mitgliedern zwischen der SPD- und der CSU-Fraktion und der letzte Sitz in einem Ausschuss mit 7 Mitgliedern zwischen der KIK- und FBW-Fraktion ausgelost werden müsse. Er erläutert daraufhin noch kurz das Verfahren.

Im Anschluss an die Erklärungen wird ein Wahlausschuss gebildet, der sich aus Amtsärztin Erdel, Amtmann Hartner und Amtsrat Teichmann zusammensetzt.

Als nächstes werden per Losentscheid die noch zu vergebenden Sitze festgestellt. Die Ausschüsse setzen sich nun wie folgt zusammen:

Verwaltungssenat:

CSU	3 Sitze
SPD	4 Sitze
UsW	3 Sitze
FBW	1 Sitz
KIK	1 Sitz

Haupt- und Personalausschuss:

CSU	4 Sitze
SPD	3 Sitze
UsW	3 Sitze
FBW	1 Sitz
KIK	1 Sitz

Finanzausschuss:

CSU	3 Sitze
SPD	4 Sitze
UsW	3 Sitze
FBW	1 Sitz
KIK	1 Sitz

Rechnungsprüfungsausschuss:

CSU	2 Sitze
SPD	2 Sitze
UsW	2 Sitze
KIK	1 Sitz

Kulturausschuss:

CSU	3 Sitze
SPD	4 Sitze
UsW	3 Sitze
FBW	1 Sitz
KIK	1 Sitz

Gesellschafterversammlung BauGmbH:

CSU	3 Sitze
SPD	4 Sitze
UsW	3 Sitze
FBW	1 Sitz
KIK	1 Sitz

Der Pfleger für die Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen wird von der SPD-Fraktion gestellt.

Die CSU-Fraktion muss aufgrund des Austritts von Stadträtin Richter einen Referentenposten an die UsW-Fraktion abgeben.

Die CSU-Fraktion erklärt, dass sie den Referenten für die Freiwilligen Feuerwehren an die UsW-Fraktion abtreten werden.

2. Bitte von Stadtrat Müller

Stadtrat Müller weist auf die Personalangelegenheit im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung hin und bittet darum, den Punkt vorzuziehen, sobald Stadtjugendpfleger Popp anwesend ist.

Hiermit besteht Einverständnis.

3. Natur in der Stadt:Kleine Gartenschau, Kitzingen 2011

A) Dipl.-Ing. Lepelmann erläutert den Sachverhalt näher.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen:

a) CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Weiglein geht zunächst auf die stattgefundene Anliegerversammlung bezüglich der Kleinen Gartenschau ein. Er stellt fest, dass eine reservierte Stimmung geherrscht hat. Die CSU unterstützen dieses Vorhaben, bitten aber eindringlich darum, die betroffenen Anlieger mehr miteinzubeziehen.

b) SPD-Stadtratsfraktion

Die SPD sieht die Kleine Gartenschau sehr positiv für Kitzingen und Etwashausen. Stadtrat Heisel regt noch an, die Pachtdauer von 30 Jahren deutlich zu verkürzen.

c) UsW-Stadtratsfraktion

Die UsW schließt sich den Vorrednern an und unterstützt das Vorhaben.

d) FBW-Stadtratsgruppe

Auch die FBW sieht die Kleine Gartenschau als sehr positiv für Kitzingen und Etwashausen an. Sie schlägt noch vor, die Grundstücksangelegenheiten im Rahmen der Flurbereinigung so schnell wie möglich abzuwickeln.

e) KIK-Stadtratsgruppe

Die KIK befürworten diese Veranstaltung. Für sie ist es wichtig, dass eine positive Stimmung hervorgerufen wird. Auch sie besteht darauf, dass sofort mit den Grundstücksverhandlungen begonnen werden soll. Auch ist sie der Auffassung, dass das Gelände im Sickergrund eine große Rolle spielen muss.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt spricht sich ebenfalls positiv für die Kleine Gartenschau aus. Sie regt an, dass bei Veranstaltungen insbesondere in Etwashausen Werbung hierfür gemacht werden sollte.

C) Stadtrat Straßberger bemängelt abermals, dass aufgrund einer falschen Vorgehensweise seitens der Verwaltung die Unstimmigkeiten bei den Anliegern hervorgerufen worden sind.

Stadtrat Müller regt an, auch den Trimm-Dich-Pfad in die Maßnahme miteinzubeziehen.

Stadträtin Dr. Endres-Paul bittet darum, rechtzeitig auf Kitzinger Firmen bezüglich eines Sponsorings zuzugehen und auch an die Beteiligung Kitzinger Künstler zu denken.

Stadtrat Müller spricht den geplanten Gestaltungswettbewerb an. Er möchte wissen, ob dieser von der Stadt, von der Gesellschaft oder in Zusammenarbeit durchgeführt wird.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass die Grundlagen für den Wettbewerb zwischen der Stadt und der Gesellschaft vereinbart werden.

Stadtrat Müller bittet noch darum, den Anliegern deutlich zu machen, dass die Stadt Kitzingen noch Möglichkeiten hat, die Wünsche der Bürger miteinfließen zu lassen.

D) – **Mit 28 : 0 Stimmen** –

Die Stadt Kitzingen am Main nimmt das Angebot zur Durchführung der kleinen Gartenschau Natur in der Stadt für das Jahr 2011 an.

Die im Vergabeprotokoll (01.04.2002) der Gesellschaft zur Förderung der Bayer. Landesgartenschauen enthaltenen Bedingungen werden anerkannt.

4. Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
Minischießanlage im Bereich der Harvey-Barracks – Weiteres Vorgehen

A) Oberbürgermeister Moser erinnert eingangs an den Beschluss des Finanzausschusses, Klage gegen den Bescheid des Landratsamtes einzureichen.
Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel erläutert weiter, dass grundsätzlich nur Aussicht auf Erfolg besteht, wenn das gemeindliche Einvernehmen zu Unrecht durch den Landkreis ersetzt und die Stadt Kitzingen in ihrer Planungshoheit verletzt worden ist. Er sieht wenig Chancen, die Klage erfolgreich durchzusetzen.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

a) CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Weiglein stellt fest, dass die Einreichung der Klage aufschiebende Wirkung hat und sicherlich ein Antrag auf Sofortvollzug beim Landratsamt gestellt wird. Daraufhin müsse die Stadt einen Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung stellen. Er persönlich ist der Meinung, dass die Klage keinen Erfolg haben wird.

b) SPD-Stadtratsfraktion

Die SPD legt weiterhin Wert darauf, mit den Amerikanern ein gutes Verhältnis zu pflegen. Sie befürwortet aber trotzdem die Klage. Das Schallschutzgutachten stellt die SPD-Fraktion in Frage.

c) UsW-Stadtratsfraktion

Die UsW betont, dass sie ihren Antrag auf Einreichung einer Klage weiterhin aufrecht erhält. Auch sie legt Wert auf ein weiterhin gutes Verhältnis zwischen der Stadt Kitzingen und den amerikanischen Streitkräften. Das vorliegende Gutachten stellt sie allerdings auch in Frage.

d) FBW-Stadtratsgruppe

Stadtrat Haag steht auf dem Standpunkt, dass eine gemeinsame Nutzung des Schießplatzes in Volkach möglich gewesen wäre.

e) KIK-Stadtratsgruppe

Die KIK zweifelt die Notwendigkeit dieser Schießanlage nicht an, äußert aber erhebliche Bedenken bei der Standortauswahl und bezüglich des Lärmschutzgutachtens. Ihrer Meinung nach ist der Stadtrat dazu verpflichtet, die Bürger vor dieser zusätzlichen Lärmbelastung zu schützen.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt unterstützt die Klage.

C) Oberbürgermeister Moser weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass das Lärmschutzgutachten von einer neutralen Stelle erstellt worden ist. Bezüglich der Anregung der FBW-Fraktion, den Schießplatz in Volkach gemeinsam mit der Bundeswehr zu nutzen, weiß er zu berichten, dass sich die Bundeswehr nicht in der Lage sieht, dieser gemeinsame Nutzung zuzustimmen.

D) – Mit 25 : 3 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen legt Rechtsmittel gegen den o.a. Bescheid des Landratsamtes Kitzingen vom 13.05.2002 ein. Dazu wird die Verwaltung beauftragt, beim Verwaltungsgericht Würzburg Klage gegen den o.a. Bescheid einzureichen.

5. Errichtung von zwei Lebensmittelmärkten in Kitzingen (Fl.Nr. 3674/2; Siegfried-Wilke-Straße)
Landesplanerische Abstimmung
- Stellungnahme der Stadt Kitzingen –

A) Nach den Ausführungen von Dipl.-Ing. Lepelmann, erklärt Stadtrat Müller, Gewerbe- und Industriereferent, dass er dagegen stimmen werde, da er diesen Weg nicht für richtig halte.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

a) CSU-Stadtratsfraktion

Die CSU gibt ihre Zustimmung. Stadtrat Weiglein erinnert noch daran, dass das Zentrenkonzept keine Bedenken diesbezüglich äußert.

b) SPD-Stadtratsfraktion

Für die SPD ist ein positiver Aspekt, dass durch dieses Vorhaben eine ordentliche Erschließung der Repperndorfer Siedlung erfolgt, die sie für dringend notwendig hält. Die SPD stimmt zu.

c) UsW-Stadtratsfraktion

Die UsW ist mehrheitlich der Auffassung, die Genehmigung zu erteilen.

d) FBW-Stadtratsgruppe

Die FBW stimmt dem Vorhaben ebenfalls zu.

e) KIK-Stadtratsgruppe

Die KIK-Stadtratsgruppe sieht zwar Vorteile in der Ansiedlung zweier Lebensmittelmärkte, hat aber trotzdem Bedenken. Sie stimmt dagegen.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt kann ihre Zustimmung nicht geben.

C) – Mit 20 : 9 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen stimmt der Errichtung von zwei Lebensmittelmärkten auf der Fl. Nr. 3674/2 – Siegfried-Wilke-Straße – gemäß den vorgelegten Unterlagen in der Fassung vom 17.04.02 im Rahmen der Landesplanerischen Abstimmung grundsätzlich zu.

6. Aufstellung eines Bebauungsplanes (B-Planes) Nr. 85 „Am Holunderweg“
Billigung des Planentwurfes/Aufstellungsverfahren

- A) Dipl.-Ing. Lepelmann erläutert den Sachverhalt.
Stadtrat Rank, stellvertretender Stadtentwicklungsreferent, gibt seine Zustimmung.
- B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:
- a) CSU-Stadtratsfraktion
 Die CSU-Fraktion stimmt zu.
- b) SPD-Stadtratsfraktion
 Auch die SPD erteilt ihre Zustimmung.
- c) UsW-Stadtratsfraktion
 Die UsW stimmt zu, besteht aber darauf, auf die vorgezogene Bürgerbeteiligung nicht zu verzichten.
- d) FBW-Stadtratsgruppe
 Die FBW-Stadtratsgruppe befürwortet den Bebauungsplan Nr. 85.
- e) KIK-Stadtratsgruppe
 Auch die KIK spricht sich für die Aufstellung eines Bebauungsplanes in diesem Gebiet aus.
- f) ÖDP-Stadtratsgruppe
Stadträtin Schmidt gibt ebenfalls ihre Zustimmung, pflichtet aber der UsW bei und bittet auch darum, auf die vorgezogene Bürgerbeteiligung nicht zu verzichten.
- C) Oberbürgermeister Moser sieht allerdings keinen Grund, die vorgezogene Bürgerbeteiligung aufleben zu lassen.
Stadtrat Heisel hingegen unterstützt die Anregungen der UsW und der ÖDP. Er bittet noch darum, den Anwohner in diesem Wohngebiet deutlich zu machen, dass mit diesem Bebauungsplan kein Ersatzspielplatz für das gesamte Gebiet geschaffen wird.
Stadträtin Gold möchte wissen, wie lange das Verfahren hinausgezögert wird, wenn eine vorgezogene Bürgerbeteiligung vorgenommen wird.
Dipl.-Ing. Lepelmann erwidert, dass das gesamte Verfahren um mindestens 4 Wochen verlängert wird.
Stadtrat Rank ist der Auffassung, so schnell wie möglich zu beginnen und auf eine vorgezogene Bürgerbeteiligung zu verzichten. Allerdings sollte die Verwaltung gezielt auf die Anwohner zugehen.
Stadträtin Schwab regt noch an, die Möglichkeit einer Spielstraße anzusprechen.
- D) – **Mit 28 : 1 Stimme** –
- 1.) Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen.
- 2.) Der Stadtrat beschließt die Durchführung des Aufstellungsverfahrens für den B-Planes Nr. 85 „Am Holunderweg“ auf Grundlage des Planentwurfes vom April 1997 i. d. F. v. 31.01.2001 sowie des Ausgleichsbebauungsplanes Fl.-Nr. 2510 i. d. F. v. März 2002 (s. Anlage).
- Aufgrund der geringen Gebietsgröße, des überwiegenden städt. Eigentums im Geltungsbereich, sowie der Übernahme der Festsetzung des benachbarten B-Planes Nr. 77 „Kaltensondheimer Strasse“ soll gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

auf die vorgezogene Bürgerbeteiligung verzichtet werden. Die Verwaltung wird beauftragt, interessierte Anlieger in einem Gespräch zu informieren.

- 3.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Auslegung sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchzuführen und den Stadtrat von den Ergebnissen zu unterrichten.

7. Aufstellung eines Bebauungsplans (B-Plans) Nr. 84 „Gewerbegebiet Großlangheimer Straße Nord“
Billigung des Planentwurfs i.d.F. vom 27.05.2002 (Anlage)

Dipl.-Ing. Lepelmann zeigt anhand einer Folie den möglichen Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 84 auf. Er weist auch auf die Veränderungen aufgrund der Diskussion in der vergangenen Finanzausschusssitzung hin (Ausweitung südlich bis zum Bimbach). Auch weist er noch darauf hin, dass diese Planungen noch nicht mit dem Straßenbauamt Würzburg abgestimmt worden sind.

Es entsteht eine rege Diskussion über die mögliche Anbindung bzw. Ausweitung des Gewerbegebietes Großlangheimer Straße Nord.

Stadtrat Heisel regt an, diese Angelegenheit zu vertagen, bis die Verwaltung dies mit dem Straßenbauamt abgeklärt hat.

Oberbürgermeister Moser nimmt diese Anregung auf und vertagt diesen Punkt bis zur nächsten Stadtratssitzung. Er sagt zu, die Fraktionen bzw. Gruppen zu unterrichten, sobald die Stellungnahme des Straßenbauamtes vorliegt.

Hiermit besteht Einverständnis.

8. Umbau der Kreuzung B 8 / KT 13 / Panzerstraße

- A) Nach dem Bericht von Dipl.-Ing. Lepelmann stellt Stadtrat Rank, stellvertretender Stadtentwicklungsreferent, fest, dass der geplante Kreisverkehr sehr zum Vorteil für das Gewerbegebiet Goldberg sei. Er bittet aber zu überdenken, ob die geplante Überquerungshilfe verlegt werden könne (stadteinwärts).
Oberbürgermeister Moser nimmt diese Anregung auf.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

a) CSU-Stadtratsfraktion

Die CSU-Stadtratsfraktion stimmt der Planung zu.

b) SPD-Stadtratsfraktion

Auch die SPD gibt ihre Zustimmung.

c) UsW-Stadtratsfraktion

Die UsW-Fraktion erteilt ihre Zustimmung.

d) FBW-Stadtratsgruppe

Die FBW stimmt zwar zu, äußert aber Bedenken bezüglich der Ampelschaltung an der Kreuzung Böhmerwaldstraße.

e) KIK-Stadtratsgruppe

Die KIK ist der Meinung, dass die geplanten Infobuchten zu nahe am Kreisverkehr sind.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt stellt fest, dass die Planungen nicht optimal gelaufen sind.

C) Stadtrat Straßberger bezieht sich noch einmal auf die Überquerungshilfen. Auch er ist der Auffassung, dass diese sich zu nahe am Kreisverkehr befänden. Er schlägt vor, die Überquerungshilfen so weit nach hinten zu verlegen, dass sie keine Behinderung mehr für den Kreisverkehr darstellen. Hinsichtlich der geplanten Überquerung stadteinwärts regt er an, diese auf gleicher Höhe wie die städtische Fläche entlang der B 8 anzubringen.

Diese Anregungen werden seitens der Verwaltung aufgenommen.

Stadtrat Müller weiß noch zu berichten, dass seitens der LKW-Fahrer beklagt wird, dass die Überquerungshilfen an der Panzerstraße so schlecht angebracht sind, dass sie gezwungen sind, diese teilweise zu überfahren. Er bittet darum, dass bei den neu zu bauenden Überquerungshilfen besser darauf geachtet wird.

D) – Mit 27 : 2 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Mit der Entwurfsplanung des Ing. Büros Habermehl + Follmann vom Mai 2002 besteht grundsätzlich Einverständnis. Der Fußgängerüberweg stadteinwärts soll auf Höhe der Anbindung des städtischen Weges (Königsberger Straße) verlegt werden. Der Fußgängerüberweg in Richtung KT 13 soll so platziert werden, dass mindestens ein Auto nach dem Kreisverkehr halten kann. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Neuverhandlungen zu führen.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, mit der Straßenbauverwaltung und dem Landkreis Kitzingen eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen.

9. Widmung von Straßen und Wegen

- Mit 28 : 0 Stimmen –

Nachfolgend aufgeführte Straßen bzw. Wege werden gemäß Art. 6 Abs. 1 BayStrWG i.V.m. Art. 46 Nr. 2 bzw. Art. 53 Abs. 1 BayStrWG zur Ortsstraße bzw. zum öffentlichen Feld- und Waldweg gewidmet:

Lfd. Nr.	Straßenname	Straßenklasse	Fl.Nr.	a) Anfangspunkt b) Endpunkt	Länge in km	Bemerkungen
1	Nachtigallenweg	Ortsstraße	5318	a) Nordgrenze Grundstück Fl.Nr. 5324/8 b) Einmündung Straße „Im Gartenland“ Fl.Nr. 5329/1	0,0935	
2	Im Gartenland	Ortsstraße	5329/1	a) Einmündung Tännigstraße Fl.Nr. 5350/1 b) Feldweg Fl.Nr. 5329	0,135	
3	Drosselweg	Ortsstraße	5329/2	a) Einmündung Straße „Im Gartenland“ Fl.Nr. 5329/1 b) Westgrenze Grundstück Fl.Nr. 5344	0,172	
4	Feldweg	öffentl. Feld- und Waldweg	5318/6	a) Nordgrenze Grundstück Fl.Nr. 5314 b) Straße „Im Gartenland“ Fl.Nr. 5329/1	0,113	ausgebaut (wassergebunden)
5	Feldweg	öffentl. Feld- und Waldweg	5329/9	a) Straße „Im Gartenland“ Fl.Nr. 5329/1 b) Straße Drosselweg Fl.Nr. 5329/2	0,1245	ausgebaut (wassergebunden)
6	Feldweg	öffentl. Feld- und Waldweg	5344/7	a) Straße Drosselweg Fl.Nr. 5329/2 b) Südgrenze Grundstück Fl.Nr. 5346	0,026	ausgebaut (wassergebunden)
7	Feldweg	öffentl. Feld- und	5329	a) Straße „Im Garten-	0 ,2355	ausgebaut (Schwarzdecke)

Waldweg

land"
 Fl.Nr. 5329/1
 b) Einmün-
 dung
 in „Weg im
 Dreistock“
 Fl.Nr. 5107

***)

*****) Widmungsbeschränkung: Gesperrt für Fahrzeuge aller Art!
 Landwirtschaftlicher Verkehr und Radfahrer frei!**

Grundlage ist der Lageplan vom 25. 4.2002.

10. Kostendeckung für eine Betreuungskraft zur Weiterführung der „Rappelkiste“

A) Oberbürgermeister Moser betont, dass es die finanzielle Lage der Stadt Kitzingen derzeit nicht zulasse, dem beantragten Zuschuss stattzugeben. Er erinnert auch an den damaligen Antrag der Usw-Fraktion, der „Rappelkiste“ einen einmaligen Zuschuss zu gewähren.

Amtmann Hartner erläutert die bisher geleisteten Zahlungen an die „Rappelkiste“ näher. Er erinnert auch an die Tischvorlage, die vergleichbare Zahlungen an andere Einrichtungen aufweise. Er erklärt auch, dass die Verlängerung der SAM-Maßnahme um ein Jahr möglich sei, ohne eine Festanstellung akzeptieren zu müssen. Er weist aber noch auf eine Änderung (ab 01.01.2002) der Konditionen für eine SAM-Kraft hin.

Stadtrat Dr. Küntzer, Jugendreferent, hält die „Rappelkiste“ für eine sehr sinnvolle Einrichtung und befürwortet deren Führung durch ehrenamtlich Tätige. Er spricht sich aber dafür aus, aufgrund der derzeitigen Haushaltslage, den aktuellen Status beizubehalten und dem Antrag nicht stattzugeben.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen

a) CSU-Stadtratsfraktion

Die CSU-Fraktion unterstützt die Anregung des Jugendreferenten.

b) SPD-Stadtratsfraktion

Auch die SPD spricht sich für die Beibehaltung der jetzigen Konditionen aus. Sie möchten keine Ausweitung.

c) UsW-Stadtratsfraktion

Die UsW befürwortet ebenfalls den Vorschlag des Jugendreferenten. Sie regt noch an, mehr für die „Rappelkiste“ zu werben.

d) FBW-Stadtratsgruppe

Die FBW-Stadtratsgruppe spricht sich für die ehrenamtliche Tätigkeit aus. Sie unterstützt auch den Vorschlag des Jugendreferenten.

e) KIK-Stadtratsgruppe

Die KIK spricht sich für eine weitere finanzielle Unterstützung der „Rappelkiste“ für ein Jahr aus, allerdings in dem Maße, wie von der Verwaltung vorgetragen.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt ist für die Weiterführung der SAM-Kraft, wünscht sich aber einen Ausbau der Tätigkeit in der „Rappelkiste“.

C) – Mit 22 : 7 Stimmen –

1. Das Angebot der „Rappelkiste“ wird im bisherigen Rahmen letztmalig bis 31.07.2003 weiter gefördert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Verlängerung der SAM-Maßnahme zu beantragen. Die benötigten Haushaltsmittel für 2002 werden überplanmäßig bereitgestellt, die Mittel für 2003 sind im Haushalt zu veranschlagen.

**11. Parkgarage Herrnstraße
Änderung der Öffnungszeiten**

- A) Stadtrat Rank, stellvertretender Stadtentwicklungsreferent, findet die Begrenzung der Öffnungszeiten sehr sinnvoll.
Stadtrat Müller, Gewerbe- und Industriereferent, hingegen spricht sich gegen eine Unterteilung der Öffnungszeiten nach Sommer- und Winterzeit aus.
Stadträtin Gold ist gegen die Öffnung der Parkgarage bis 22.00 Uhr und erinnert abermals an den beleuchteten Parkplatz des Landratsamtes. Sie stellt den Antrag, die Parkgarage durchgehend bis 20.00 Uhr zu öffnen.
Stadtrat Weiglein unterstützt diesen Antrag ebenfalls und besteht auf wesentlich bessere Bewerbung der Tiefgaragen.

B) – Mit 0 : 29 Stimmen –

Es besteht Einverständnis damit, die Öffnungszeiten der Parkgarage Herrnstraße wie folgt zu ändern:

Änderung der Öffnungszeiten bei Umstellung von Sommer- auf Winterzeit und umgekehrt:

Sommerzeit	von Montag – Samstag	06.30 – 22.00 Uhr
Winterzeit	von Montag – Samstag	06.30 – 20.00 Uhr

C) – Mit 29 : 0 Stimmen –

Dem Antrag von Stadträtin Gold auf einheitliche Öffnungszeiten in der Parkgarage Herrnstraße wird zugestimmt.

Die Öffnungszeiten lauten wie folgt:

Montag – Samstag 06.30 – 20.00 Uhr

12. Haushaltsüberschreitungen

- Mit 29 : 0 Stimmen –

Es wird davon Kenntnis genommen, dass für das Rechnungsjahr 2002 eine Haushaltsüberschreitung bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreitungs- betrag
------	-------------	-----------------	----------------------------

VmHh 3601 9590	Denkmalspflege; Archäologische Untersuchungen in der Tännigstraße	0,00	35.000,00 €
--------------------------	---	------	-------------

genehmigt wurde.

Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei der HSt. 7103 9506 - Kanäle Gewerbegebiet Großlangheimer Straße.

13. Antrag von Stadtrat Dr. Küntzer

Stadtrat Dr. Küntzer geht nochmals auf die Problematik des Spielplatzes im Mühlberggebiet ein. Bezugnehmend auf den Stadtratsbeschluss vom 08.06.2000 (überkleben des Zeichens „Ballspielen verboten“) stellt er fest, dass dieser nur aufgrund dringlicher Angelegenheiten aufgehoben werden könne, wobei diese seiner Auffassung nicht vorlägen. Er bittet eindringlich darum, den Stadtratsbeschluss vom 08.06.2000 umzusetzen.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass sich das Piktogramm lediglich auf das Verbot des Bolzens bezieht.

Aufgrund einer kurzen Diskussion, stellt Stadtrat Konrad den Antrag, das Piktogramm entfernen zu lassen.

Oberbürgermeister Moser lässt über diesen Antrag abstimmen, macht aber deutlich, dass ein Schild „Spielplatz“ aufgestellt werden müsse.

Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel fügt noch an, dass die Hinweisschilder hinsichtlich der Öffnungszeiten und der Altersgrenzen stehen bleiben müssen.

- Mit 29 : 0 Stimmen -

Dem Antrag von Stadtrat Konrad auf Entfernung des Piktogramms am Spielplatz im Mühlberggebiet wird stattgegeben.

14. Antrag von Stadtrat Haag

Stadtrat Haag geht auf den kürzlich gefassten Beschluss des Verwaltungssenats ein, in dem die Sperrzeiten des „B 8 – Kellers“ verkürzt worden sind. Er weiß zu berichten, dass die Nachbarn dieser Gaststätte damit einverstanden wären, die Öffnungszeiten wieder zu verlängern.

Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel liest nun das neueste Schreiben des Betreibers dieser Gaststätte vor, in dem dieser vorschlägt, die Öffnungszeiten probeweise wieder zu verlängern, womit die Anwohner auch einverstanden wären.

Oberbürgermeister Moser regt nun an, die Öffnungszeiten probeweise wieder zu verlängern, bei einem Verstoß dies allerdings wieder rückgängig zu machen.

- Mit 29 : 0 Stimmen -

Die Öffnungszeiten des „B 8 – Kellers“ werden probeweise wieder verlängert (wie vor der Sperrzeitverkürzung). Bei einem Verstoß wird dieser Beschluss wieder zurückgenommen.

15. Hinweis von Stadträtin Schwab

Sie bezieht sich auf die Artikel „Die Würde des Schweins ist unantastbar“ in den beiden letzten Ausgaben der Mitarbeiterzeitung.

Sie widerspricht den in diesen Artikeln getroffenen Aussagen vehement und bittet darum, dass künftig seitens der Redaktion mehr darauf geachtet wird, welche Artikel aufgenommen werden.

16. Hinweis von Stadträtin Stocker

Stadträtin Stocker geht noch einmal auf das Losverfahren bezüglich der Ausschussbesetzung ein. Sie ist der Meinung, dass das Losverfahren hätte anders gehandhabt werden müssen.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 20.25 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführerin
gez.
Rose